

# Kunstvoller Tempel der Demokratie oder unzweckmässiger Luxus?

**150 Jahre Stadthaus** Mit einer ganztägigen Gemeindeversammlung wurde vor 150 Jahren das Winterthurer Stadthaus «eröffnet». Auf eine offizielle Einweihung des stolzen Gebäudes wurde jedoch verzichtet. Warum?

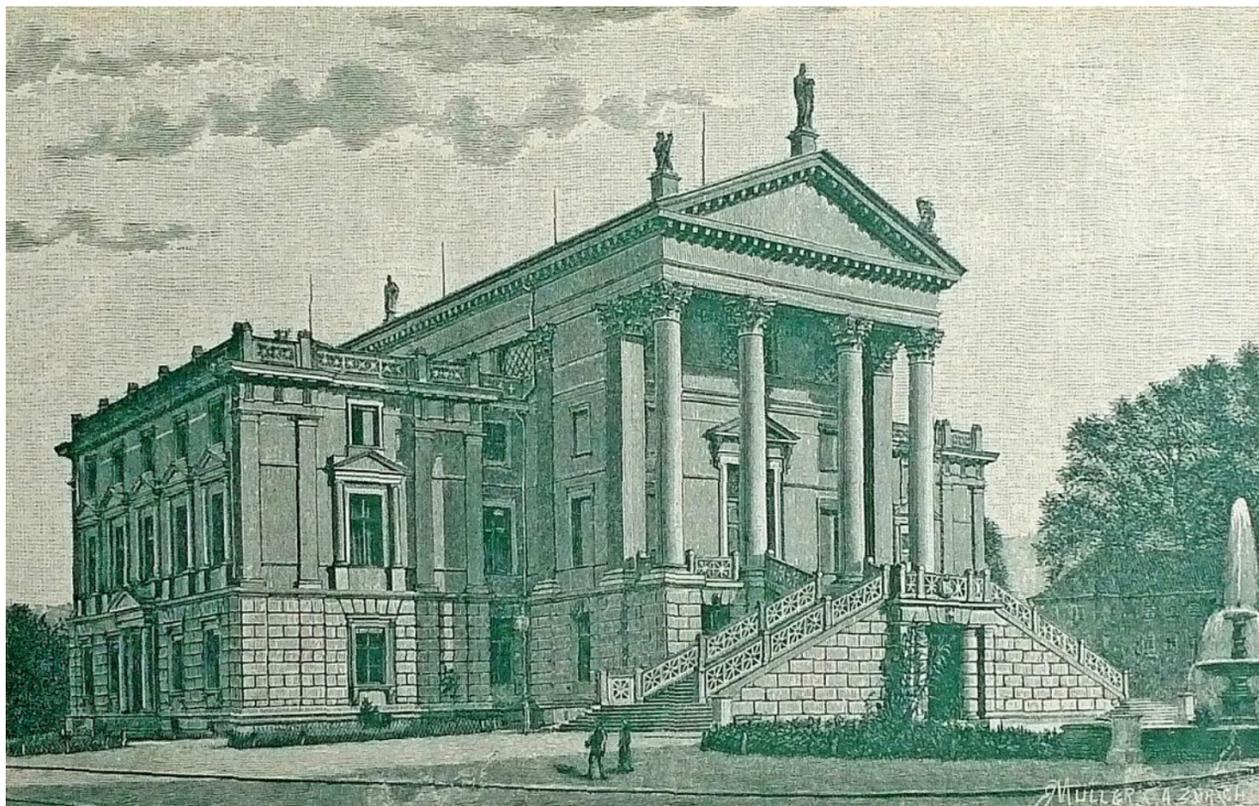
Peter Niederhäuser

Mit einem nüchternen Inserat lud Stadtpräsident Johann Jakob Sulzer die stimmberechtigten Winterthurer auf den Sonntag, 30. Oktober 1870, morgens um 9.30 Uhr zur Versammlung in den Gemeindesaal des Stadthauses ein. Einzig das damals verfasste Protokoll wies auf den historischen Moment hin: Zum ersten Mal fand nämlich die Versammlung im neuen Stadthaus statt.

Angesichts der Überfülle an Traktanden – von der erneuten Beratung des im Frühling zurückgewiesenen Budgets über den Lohn der Kanzlisten bis zum Abriss des oberen wie unteren Bogens an der Marktgasse – kam kaum Feststimmung auf. Auf die Versammlung der Politischen Gemeinde folgte die Kirchen- und die Bürgerversammlung, sodass der neue Saal den ganzen Tag in Anspruch genommen wurde – ein ziemlicher Marathon. Was heute undenkbar wäre: Weder Ansprachen noch Apéros feierten die Einweihung des eindrucklichen Stadthauses. Obwohl ein programmatischer Bau der Demokratie, gab es keinen Tag der offenen Tür oder eine festliche Eröffnung. Ein Zufall?

## Ein Neubau als Signal

Die Planung für ein neues, zeitgemässes Rat- oder Stadthaus geht auf die 1850er-Jahre zurück, da das Rathaus an der Marktgasse mit den angrenzenden Kanzleigebäuden immer weniger den Bedürfnissen einer rasch aufblühenden Handels- und Industriestadt genügen konnte. Der Grundsatzentscheid fiel am 10. Mai 1865, als die Bürgerversammlung sich mit einer überaus deutlichen Mehrheit von 238 gegen 28 Stimmen für das Projekt des berühmten Architekten Gottfried Semper aussprach. Beteiligt waren ausschliesslich die männlichen Bürger von Winterthur. Angesichts der rund 9000 Einwohnerinnen und Einwohner, unter diesen knapp 1500 erwachsene Schweizer Bürger, fiel der Entscheid kaum idealdemokratisch aus.



Ein monumentaler «Tempel der Demokratie»: Holzstich des Stadthauses von 1895. Foto: Müller (1895), aus «Winterthur in Wort und Bild» von Alexander Isler

Entscheidend war die vom einflussreichen Stadtpräsidenten Johann Jakob Sulzer genährte Euphorie über die Pläne von Semper. Sulzer stand in engem Kontakt mit Richard Wagner und lernte über diesen Semper kennen, der nach der Flucht aus Dresden in Zürich Zuflucht gefunden hatte. Dass einer der führenden Architekten Europas sich für Winterthur interessierte, war aussergewöhnlich genug. Dass Semper für das Stadthaus dann eine architektonische Ikone schuf, war für beide Seiten ein Glücksfall.

Während die Konkurrenzprojekte als allzu bieder weggeschoben wurden, war man überzeugt, dank Semper zu einem «monumentalen Kunstwerk im vollsten Sinne des Wortes» zu kommen. Winterthur würde ein Gebäude erhalten, das «in Bezug auf Kunstwert und ungesuchte Schönheit von keinem andern in der Schweiz übertroffen würde»,

**Semper schuf mit seinem «Tempel der Demokratie» einen weltweit beachteten Bau, der wie kein anderes Gebäude Winterthur verkörpert.**

so das Protokoll der Gemeindeversammlung von 1865. Tatsächlich schuf Semper mit seinem «Tempel der Demokratie» einen weltweit beachteten Bau, der wie

kein anderes Gebäude Winterthur verkörpert.

Als es dann allerdings ans Zahlen ging, fand die Begeisterung rasch ihre Grenzen. Bereits 1865 wollte ein kritischer Bürger den Stadtrat persönlich für allfällige Mehrkosten haften lassen – was abgelehnt wurde. Bald zeigte sich aber, dass der Bau ohne zusätzliche Beiträge nicht realisiert werden konnte. Einen Teil schossen private Mäzene ein, 1869 sprach die Gemeinde einen Ergänzungskredit, und die Zurückhaltung beim Innenausbau sorgte für zusätzliche Einsparungen.

Die Mehrausgaben betrug schliesslich über 20 Prozent der budgetierten Baukosten und wären noch höher ausgefallen, hätte Semper seine Innenräume plangemäss ausführen können. Die Kritik führte dann im Frühjahr 1870 zur Zurückweisung des Budgets, wobei die «Neue Zürcher Zeitung» maliziös den eben-

so «luxuriösen wie unzweckmässigen» Stadthausbau verantwortlich machte. Winterthur habe sich nicht mit einem «den Verhältnissen angemessenen, architektonisch schönen und im übrigen für seine Zwecke wohl-eingerichteten Gebäude» begnügen wollen, sondern für ein Prestigeobjekt seine finanziellen Mittel überstrapaziert.

## Rivalität mit Zürich

Hinter solchen Vorwürfen stand ein handfester Konflikt zwischen dem Kantonshauptort Zürich und der Landstadt Winterthur. Diese konnte zwar wirtschaftlich Zürich das Wasser reichen, fühlte sich aber benachteiligt. Dahinter stand auch der Kampf gegen das «System Escher». Winterthur und der «Landbote» waren Vorkämpfer gegen die beispiellose Machtfülle von Alfred Escher. Stadtpräsident Sulzer war eine der massgeblichen Stimmen jener demokratischen Bewegung,

die erfolgreich mehr Volksrechte und mehr Ausgleich einforderte. Solches Gedankengut trug zum Bau des Stadthauses bei, das nicht einfach ein Winterthurer Verwaltungsgebäude, sondern ein Symbol der Demokratie werden sollte. Im Herzen des Gebäudes stand wenig überraschend der Gemeindesaal als Ort der basisdemokratischen Entscheidungsfindung.

Die massive Kostenüberschreitung beim Bau des Stadthauses und der unvollendete Innenausbau sorgten für Dämpfer und waren wohl dafür verantwortlich, dass auf grosse Festlichkeiten verzichtet wurde. Als im Frühjahr 1870 ein Stimmbürger den Wunsch äusserte, endlich den neuen Saal von den «Gemeindegenossen» beziehen zu lassen, musste zuerst noch die Möblierung der Räume diskutiert werden. Im Herbst wurden dann für Tische, Stühle, Vorhänge, Tapeten und Spucknapfe 3640 Franken bewilligt, und ab Oktober waren Fotografien des Stadthauses zu fünf Franken erhältlich.

Zum Vergleich: Ein einfacher Arbeiter verdiente im Tag vielleicht drei Franken. Der «Tempel der Demokratie» hatte also durchaus seinen Preis. Hinzu kam eine grundlegende Neuerung: 1865 beschloss Winterthur gemäss kantonaler Vorgabe die Einführung einer Einwohnergemeinde. Nicht nur Winterthurer Bürger, sondern alle in Winterthur lebenden volljährigen Schweizer waren fortan stimmberechtigt.

So bestechend die Idee eines Gemeindesaales war – mit dem Bezug am 30. Oktober 1870 war diese somit eigentlich schon überholt. Von den damals über 1600 Stimmberechtigten hätte einzig ein Teil Platz gefunden. An der ersten Versammlung vor genau 150 Jahren nahmen allerdings nur gerade rund 130 Personen teil – demokratische Begeisterung sieht anders aus. Und doch diente der Saal bis 1918 immer wieder Gemeindeversammlungen und ist bis heute das Herzstück eines ungewöhnlichen Kunstbaus geblieben, der heute seinen 150. Geburtstag feiern kann.

## «Überteuert und einseitig»: Die SVP sagt Nein zur Busbrücke

**Abstimmung** Die SVP der Stadt Winterthur hat die Nein-Parole zur Querung Grütze beschlossen. Das Projekt lasse das Auto links liegen und ziehe hohe Folgekosten nach sich. Derweil reiht sich die GLP unter die Befürworter ein.

Am Dienstag stellten gleich drei Mitglieder des Stadtrats die Abstimmungsvorlage zur Querung Grütze vor und betonten die Wichtigkeit des Projekts. Und auch bei der Behandlung im Gemeinderat fand der Kredit von 59,4 Millionen Franken für die neue Busbrücke eine satte Mehrheit von 48 zu 5 Stimmen. Jetzt regt sich aber doch noch Widerspruch gegen den Bau. Die SVP der Stadt Winterthur beschloss an ihrer Versammlung vom Mittwoch die Nein-Parole für die Volksabstimmung vom 29. No-

vember. «Für die SVP überwiegen bei diesem Projekt die negativen Punkte, speziell die ungeklärten Fragen sowie die hohen Kosten», begründet die Partei in einem Communiqué.

### «Auto links liegen gelassen»

Aus Sicht der SVP ist das Projekt «verkehrspolitisch einseitig», da es nur Bus, Velo und Fussverkehr dient. «Der Autoverkehr wird einmal mehr bewusst links liegen gelassen.» Es fehle eine gesamtheitliche Sicht, zumal die «dringend nötige Ent-

lastung für Hegi» durch die Er-schliessungsstrasse in weiter Ferne liege, ohne Garantie, dass sie überhaupt realisiert werde. Und nicht zuletzt würde ein Bauboom rund um den Bahnhof Grütze das vorhandene Industriegebiet bedrohen.

Kritisiert werden auch die Kosten. Die SVP spricht von einem «überteuerten Prestige-projekt des linken Stadtrats». Zwar fallen für die Stadtkasse nur etwa 5 der rund 60 Millionen Franken Baukosten an, doch auch diese habe man nicht, an-

gesichts der drohenden Steuer-erhöhung und der Schulden in Höhe von 1,3 Milliarden. Und auch die 55 Millionen von Kanton und Bund seien schliesslich Steuergeld. Die Kosten für notwendige Nachfolgeinvestitionen, wie eine Velounterführung und den Anschluss an die St.-Galler-Strasse, seien im Kredit überdies noch nicht enthalten.

### GLP lobt den «Meilenstein»

Zu anderen Schlüssen kommen die Grünliberalen, die ebenfalls am Mittwoch ihre Parole fassten.

«Mit der Querung Grütze erhält Winterthur viel Brücke für wenig städtisches Geld», argumentieren sie. Das Brückenbauwerk bilde einen wichtigen Meilenstein zur Entwicklung von Arbeits-platzgebieten und zur Vernetzung der Stadt mit dem öffentlichen Busverkehr. Bereits die Ja-Parole gefasst haben auch die SP, die FDP und ihre Jungpartei sowie die CVP. Ein Nein-Komitee zur Vorlage trat bisher nicht in Erscheinung.

Michael Graf

## Nachrichten

### Veranstaltungen wegen Pandemie abgesagt

**Corona** Die für den Samstag, 31. Oktober geplante Veranstaltung des Frauentreffs Winterthur zum Thema «Ein Denkmal – etwas für die Ewigkeit?» im Restaurant National mit Konstanze Domhardt, Leiterin Denkmalpflege der Stadt Winterthur, ist aufgrund der aktuellen Pandemie-massnahmen abgesagt worden.

Ebenfalls abgesagt ist die Diskussionsrunde vom Freitag, 30. Oktober «Ist Ehe für alle?» der Evangelischen Allianz Winterthur. Diskussionsteilnehmer hatten sich kurzfristig in Quarantäne begeben müssen. Der Anlass soll zu späterer Gelegenheit nachgeholt werden. (jok)